Fortsetzung von Seite 5

I

Die Konsequenz wäre erstens ein zwar verzögerter, dann aber weit gefährlicherer politischer Destabilisierungsprozeß. Vor allem wäre dann auch der politische Handlungsspielraum grundsätzlich enger als er heute ist, wie die Erfahrungen in der VRP oder der UVR zeigen. In einer politisch instabilen Kräftekonstellation besteht praktisch keine Handlungsfreiheit mehr für die inhaltliche Ausgestaltung, zeitliche Abfolge und die Art und Weise der Realisierung von Reformen. Der Reformprozeß wird von den unmittelbaren politischen Formierungsprozessen getrieben, kann nicht mehr gestaltet werden, die soziale Progressivität, Funktionsfähigkeit und Abgestimmtheit der einzelnen Schritte kann nicht mehr gewährleistet werden. Die Alternative in einer solchen Situation – die gewaltsame Zerschlagung aller auf Reformen drängenden Kräfte – wäre in Mitteleuropa ein nicht tragbarer Rückschlag für Entspannung, sozialen Fortschritt und moralisch nicht zu verantworten.

Entscheidend ist, in Umgestaltungsprozessen einen Handlungsspielraum zu ihrer bewußten Führung zu behalten und nicht unter Druck zu geraten:

1. Reformprozesse müssen durch eine politische Kraft geführt werden, die **Handlungsspielraum** besitzt. Die ist unter den Bedingungen des Sozialismus in der DDR heute allein die SED-PDS, die auf neue Weise das Integrationszentrum für progressive politische Parteien und Massenorganisationen, Bewegungen und Bürgerinitiativen werden muß. Die SED-PDS muß sich selbst an die Spitze des Reformprozesses stellen, sichtbar und offen, dabei deutlich progressives Gedankengut entwickeln und zugleich bedacht, vorsichtig und im Konsens mit der großen Mehrheit der politischen Kräfte die Realisierung praktischer Maßnahmen einleiten. Auf jeden Fall müssen Situationen vermieden werden, in denen die Partei geschoben wird. Der Beginn einer Aussprache und notwendiger Schritte, die die Führung durch die Partei bei der Ausarbeitung von Strategien der Erneuerung des Sozialismus in den Farben der DDR gewährleisten, muß daher der erste und heute einzuleitende Schritt zum Übergang sein. Erste Bewegung in diese Richtung ist vorhanden.

2. Bei der schrittweisen Reorganisation sind stets die öffentliche Diskussion verschiedener Varianten, ihrer Vor- und Nachteile und ein wirklich demokratischer Entscheidungsprozeß mit sachorientierten Maßnahmen zu verbinden. Negative Konsequenzen haben Veränderungen, die unvorbereitet und ohne eigene Beteiligung an der Konsensbildung die Lebensbedingungen der Individuen und Kollektive betreffen. In der öffentlichen Diskussion muß die Akzeptanz ermittelt und ggf. entwickelt werden. Demokratische Entscheidung muß einschließen, daß im Rahmen der Erhaltung sozialistischer Grundprinzipien wirkliche Gestaltungs- und Entscheidungsrechte geschaffen werden.

Der Eindruck von bloß informeller Diskussion, bei der die Entscheidungen doch schon vorbestimmt sind, führt dazu, daß keine wirkliche Bindung der Subjekte an den Konsens bzw. die Entscheidungen erreicht wird. Umgestaltungsprozesse sollten daher mit der öffentlichen Diskussion realer Probleme, Varianten ihrer Lösung und der offenen Darlegung der jeweiligen Folgen beginnen.

Nur bedacht und schrittweise sollten Resultate dieser Diskussion in praktische Maßnahmen umgesetzt werden, dann wenn eine hinreichende Akzeptanz erreicht ist, die auch die Teilnahme an der Verantwortung für eventuelle Schwierigkeiten oder sogar das Scheitern einzelner Maßnahmen einschließen muß. Die Strategiebildung muß auch Varianten für den Fall des Mißlingens oder Nichtfunktionierens einzelner Schritte einschließen. Ohne soziale und politische Spannungen werden Reformen nicht verlaufen können. Daher sind auch Vorstellungen darüber erfoderlich, wie auf Spannungen so reagiert werden kann, daß sich weder antisozialistische Kräfte durchsetzen, noch demokratische Formen wieder eingeschränkt werden müssen.

3. Alle Maßnahmen müssen auf Grund der bestehenden politischen Lage so realisiert werden, daß keine spürbaren Verschlechterungen der sozialen Lage für einzelne Gruppen auftreten, für einen großen Teil der Bevölkerung spürbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Reformen verbunden werden können, die sich weniger auf Einkommen und Sozialleistungen traditioneller Art beziehen können, aber um so mehr auf Rechte der verantwortlichen Mitentscheidung und Mitgestaltung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen.

4. Um Gestaltungsspielraum zu bekommen, ist es wichtig, bei allen Schritten darauf zu achten, daß parallel zu erst langfristig wirksamen Maßnahmen immer solche verwirklicht werden, die bald positive Wirkung auf Effektivität und Handlungsspielraum haben. Quelle dafür können der Abbau von Verschwendungspotentialen im Konsum und in der Produktion, der Abbau von Leistungszurückhaltung in der Produktion und andere Reserven des ersten Zugriffs sein, soweit noch vorhanden. Zu bedenken ist auch, wieweit Unterstützung von außen zielgerichtet in Anspruch genommen werden kann. Effekte aus technischem Fortschritt und Innovationen sollen durch die Maßnahmen zwar letztlich erreicht werden, mit denen kann aber erst langfristig gerechnet werden. Das heißt, Erweiterung des Handlungsspielraums im Verlaufe der Umstellung darf nicht auf diese Effekte setzen.

5. Bei allen Schritten ist zu sichern, daß neben großen Maßnahmen ein breiter Spielraum für eine Vielzahl von Einzelinitiativen entsteht, durch die sich Individuen und Kollektive an sachlichen Umgestaltungsprozessen beteiligen können, diese unmittelbar mitbestimmen und gestalten und so die Kompetenz, Verantwortlichkeit und auch die nötige Zurückhaltung und Solidarität bei der Beurteilung der Umgestaltungsprozesse erwerben. Schlimm wäre eine Situation, in der öffentliche Diskussion und Demokratisierung zu einem unkonstruktiven Aufbrechen mannigfacher Themen, Probleme und Debatten führt, zu einem eskalierenden Streit. Dies kann vermieden werden, wenn der sich verbreiternde Spielraum sogleich mit praktischer Gestaltung wirklicher sachlicher Probleme ausgefüllt wird. Hier insbesondere hängt es von der Art der Führung dieses Prozesses durch die Partei ab, wirklichen (nicht nur scheinbaren) Spielraum zu schaffen und zugleich keinen Spielraum für das Aufbrechen unsachlicher und unkonstruktiver Bewegungen zu ermöglichen – nicht durch Verbote und Einschränkungen, sondern indem sie bei der konkreten und zügigen Lösung wirklich relevanter Sachverhalte vorangeht, den Prozeß führt.

Das geeignete Feld für den Beginn ergebnisorientierter Umstellungen im politischen System, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit scheint die **ökologische Reorganisation der Wirtschaft und der Lebensprozesse der Individuen unserer Gesellschaft zu sein.** Dieses Feld hat gegenüber anderen merkliche Vorteile, vor allem auch, weil es am ehesten geführt werden kann und die Gefahren antisozialistischer Bewegungen vergleichsweise am geringsten sind:

1. Die ökologische Situation ist zunehmend bedrohlich. Sie ist das Feld, wo heute einzuleitende langfristige Umstellungen global die einzige Chance bieten, die Existenz der Menschheit zu sichern. Kooperation bei der Bewältigung ökologischer Bedrohungen ist die progressive Alternative zu Konfrontation und Rüstung.

2. Eine ökologische Reorganisation der Wirtschaft und der Lebensweise ist der langfristig international bestimmende Trend, in dem Innovationen und Wirtschaftsgestaltung münden müssen und werden, wenn es gelingt, aggressive und konfrontative Kräfte zurückzudrängen. Bei einer grundsätzlichen und konsequenten sozialen Orientierung auf ökologische Reorganisation würde die DDR wenigstens politisch eine mitgestaltende Rolle bei der Formierung dieses internationalen Trends bekommen, daraus international bedeutende ideologische und politische Vorteile ziehen, die auch für die Stabilhaltung des Demokratieprozesses von Bedeutung sein können. Obwohl die DDR technisch und ökonomisch bei der ökologischen Reorganisation keinen Vorsprung realisieren kann, wären hier auch günstige internationale ökonomische Wirkungen zu erreichen, weil zweckgebundene Kredite, Technologietransfer, Kooperation im Innovationsbereich mit kapitalistischen Unternehmen und Staaten auch wirkliche Vorzüge von Planwirtschaft eingebracht werden können. Ökotechnik wird eine der Hochtechnologien der Zukunft sein. Da sie vergleichsweise jung ist, besteht kein so großer Rückstand, hier ist ein Anschluß an den Weltmarkt denkbar. Derartige Vorteile würden weder bei einem Konsumgüterprogramm noch bei einem Infrastrukturprogramm und schon gar nicht bei einem Programm zum Eigenheimbau oder zur Massenproduktion im Autosektor erreicht.

3. Die ökologische Reorganisation ist ein Gebiet, zu dem zwar nicht von vornherein, aber doch im Verlaufe einer breiten Diskussion der tatsächlichen bedrohlichen Problemlage und durch Aufzeigen einer Perspektive für die schrittweise Lösung am ehesten eine breite Akzeptanz geschaffen werden kann. Diese Akzeptanz würde nicht erreicht, indem man unkritisch einfach versucht, vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen – wie dies bei einem Autoprogramm der Fall wäre –, sondern indem man differenzierte Angebote für die **Befriedigung und Veränderung** gegebener Bedürfnisse entwickelt und einen gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozeß um die Entwicklung von Interessen und Bedürfnissen einleitet.

Da in der Ökologie elementare Grundbedürfnisse der Menschen angesprochen sind, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den vorhandenen Bedürfnissen durchaus konstruktiv. Bei dem Versuch, dem vorhandenen Bedürfnis nach Autos und Eigenheimen so, wie es sich vorfindet, einfach entgegenzukommen, ist die Freisetzung von Entwicklungstriebkräften nicht zu erwarten. Hinzu kommt, daß hier immer der Vergleich mit der BRD angestellt wurde, und eine wirkliche Chance, vergleichbare Qualität und Quantität auf dem Gebiet der Autoproduktion oder des Eigenheimbaus zu bieten, besteht nicht. Der Vergleich fiele zuungunsten des Sozialismus aus. Abgesehen davon, daß für ein wirklich greifendes Auto- oder Eigenheimbauprogramm, das vorrangig kostet und nicht zugleich auch Spielraum schafft, die Mittel nicht ausreichen. Es sollte also nicht gefragt werden, wofür ist Akzeptanz vorhanden, sondern für welche sozial progressiven Lösungen ist Akzeptanz zu entwickeln.

4. Wird ein innovationsorientiertes Ökologieprogramm verbunden mit einer sozial-progressiven Entwicklung von Infrastruktur, Arbeitsbedingungen oder Konsumtionsprozessen, da, wo sowieso innovationsbedingte Veränderungen erfolgen, dann kann auch zugleich mit effektivitätserhöhenden Wirkungen gerechnet werden. Die wichtigste Quelle wäre der Abbau von Verschwendungspotentialen bei dem Verbrauch von Lebensmitteln, Energie und Wasser sowie von Wohnraum. Letzteres würde zu einer erheblichen Verbesserung der Wohnungssituation führen, wenn die ökologische Reorganisation der Wohnbereiche, Infrastrukturen und Haushalte mit der Schaffung von Gestaltungsspielraum für Initiativen zur qualitativen Verbesserung der Wohnbedingungen durch die Hausgemeinschaften und Wohnbezirke selbst verbunden würde.

5. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen muß ökologische Reorganisation neben Großprojekten auch für die Individuen greifbare, selbst machbare Spielräume für Initiativen umfassen, die die Veränderung der unmittelbaren und eigene Lebensbereiche betreffen. Zum Beispiel sollte die Reorganisation der Energieerzeugung und der Technologie energieverbrauchender Geräte und Anlagen verbunden werden mit einer breiten Initiative zur energiesparenden Umgestaltung der Haushalte und des Verhaltens; die innovative Reorganisation der chemischen Industrie mit einer breiten Kampagne zur umweltfreundlichen Haushaltchemie usw. usf.

Ein solches Vorgehen würde erstens **sachlich orientierte Bürgerinitiativen** ermöglichen, also auch eine sachliche Bindung entstehender Freiräume für öffentliche Diskussion und demokratische Entscheidungen, also die Gefahr politisch ausbrechender Bewegungen vermindern. Überhaupt ist die Ökologie das Feld, auf dem rein marktwirtschaftliche Orientierungen am wenigstens plausibel sind, der sozialistische Anspruch einer gesellschaftlichen Gestaltung und Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung am einsichtigsten vorgetragen werden kann und bei dem unsolidarische, aggressive, egoistische oder nationalistische Bewegungen sich am wenigsten ausbreiten können.

Ein solches Herangehen würde dazu beitragen, daß bald Verhaltensänderungen und Bewußtseinsänderungen eintreten, so erforderliche gesellschaftliche Maßnahmen akzeptabel und durch die Bürger mitgetragen werden.

Breite Verhaltensänderungen können durch Abbau von Verschwendungspotentialen zu baldigen, wenn auch nur einmaligen Effektivitätssteigerungen führen, also den Spielraum für folgende Schritte erhöhen.

Die ökologische Reorganisation sollte das Feld sein, auf dem ein sachbezogener Prozeß der Publizität, der öffentlichen Diskussion, der Schaffung demokratischer Entscheidungsspielräume und praktischer Programme für gesamtgesellschaftliche, kollektive und individuelle Initiative eingeleitet wird. Diese Einheit sollte auch bei jedem weiteren Schritt dieses Weges gewahrt sein: keine praktische Maßnahme ohne Öffentlichkeit und wirkliche demokratische Entscheidung, keine Demokratisierung ohne wirkliche Felder ihrer inhaltlichen Ausfüllung. Beides könnte zu politischen Instabilitäten führen.

Natürlich hat es nur Sinn, mit der Veröffentlichung und der Diskussion der ökologischen Gefahren und ihrer Abwendung zu beginnen, wenn dies wirklich offen und ehrlich geschieht. Man kann aber nicht auf einem Gebiet offen und ehrlich sein und auf anderen nicht. Der Beginn auf der Strecke der Ökologie muß daher schrittweise alle anderen gesellschaftlichen Probleme nachziehen, aber er kann ein Anfang sein, der Zeitgewinn, Vertrauensgewinn und Akzeptanz der Politik der Partei bringt bzw. zurückbringt, somit Chancen für die Beherrschbarkeit der Folgeprozesse schafft. Zugleich kann auf diesem Feld sachlich konkret öffentliche Diskussion, Demokratie und Konsensbildung erlernt werden, damit chaotische Tendenzen bei der Diskussion und Entscheidung konfliktreicherer Felder gesellschaftlicher Entwicklung vorgebeugt wird: ökologische Reorganisation kann aber nur der Anfang eines breiten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels sein, ein Anfang, der die anderen Gebiete zwangsläufig früher oder später nach sich zieht. Wenn wir den Beginn wollen, dann müssen wir auch die sich daran anschließenden Prozesse wollen. Jedenfalls kann die ökologische Reorganisation nicht anstelle des Wandels in anderen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden, sie ist ein Anfang, um die Gesamtheit von Wandlungen besser gestalten und führen zu können.

SCHLUSS

Der Bakenberg ruft auch 1990

Wer ihn kennt und liebgewonnen hat, der wartet sicher schon auf diesen Zeitungsartikel; wer ihn nicht kennt, der sollte sich zumindest genauer über ihn informieren – den Sommerurlaub für Studenten und junge Mitarbeiter der KMU auf dem Bakenberg. Was also verbirgt sich dahinter?

Das Gebiet Dranske-Bakenberg ist ein mehrere Hektar großes Waldstück an der Nordküste der Insel Rügen zwischen der Kleinstadt Dranske und dem Kap Arkona. Inmitten dieses Waldstückes befindet sich neben Objekten anderer Betriebe das Ferienobjekt unserer Universität. Es besteht aus 20 Bungalows mit je einem Zwei-, Drei- und Vier- bzw. Fünf-Bett-Zimmer mit Doppelstockbetten, einer Speisebaracke, in der man mit drei Mahlzeiten verpflegt wird, einem Gemeinschaftswaschraum mit warmem Wasser und einer kollektiven Trockentoilette, dem „Okaklo". Zwischen den Bungalows findet man einen Volleyballplatz, Federball- und Softballfelder, Tischtennisplatten, Buddelkästen, Klettergerüste, Schaukel und Rutsche sowie eine Ausleihe für Sport- und Spielgeräte. Zum Strand, Textil und FKK, sind es keine 150 m.

Dieses Ferienobjekt gehört für zwei Urlaubsdurchgänge im August jeden Jahres den jungen Leuten unserer Universität. Die Basis dafür bildet eine Vereinbarung zwischen dem Rektor, der FDJ-Kreisleitung und dem Kreisvorstand Gewerkschaft Wissenschaft vom Juni 1981, und wir sind dem Rektor dankbar, daß er in der Zeit der Reformen und Neuprofilierungen zu dieser Vereinbarung und der damit verbundenen sozialen Errungenschaft steht. Und damit auch etwas los ist auf dem Bakenberg während dieser Zeit, investiert die sogenannte Dranske-Kommission allerhand Mühe und viele gute Ideen. Sie stellt für jeden Durchgang eine Crew von fünf Leuten (Lagerleiter, Stellvertreter, Kulturverantwortlicher, Sportverantwortlicher und Lagerarzt), die für die Vorbereitung und Durchführung des Lagers verantwortlich zeichnet. Und so verwandelt sich fast jeden zweiten Abend die Speisebaracke in eine Diskothek, in eine Graphikbörse, in einen Solibasar oder in Neptuns Unterwasserreich, in einen Hörsaal zu einem Forum zu interessanten Fragen unserer Zeit oder in eine Singewerkstatt. Es dürfte also für jeden etwas dabei sein, und für die Romantiker rauscht das Meer tagtäglich gleichmütig an der Steilküste.

Ein ganz spezielles Bakenberg-Kapitel sind die Kinder, meist zwischen zwei und acht Jahren alt, die oft ein Viertel bis ein Drittel der Lagerbelegung ausmachen. Sie finden auf dem Bakenberg alles, was ihr Herz begehrt: Buddelsand, wo man geht und steht, viel Wasser zum Baden und Planschen, Hühnergötter, Muscheln und Donnerkeile, Eltern mit viel Zeit für sie und viel frische Luft und Sonne.

Kurzum, das Jugendlager Dranske-Bakenberg bietet Studenten, Lehrlingen, jungen Wissenschaftlern und Angestellten einzeln, zu zweit oder mit der Familie einen erholsamen, erlebnisreichen Ostseeurlaub am Busen der Natur. Und das alles während der Haupturlaubssaison an einem der schönsten Fleckchen unserer Heimat – das ist doch was. Wer seine Abendgarderobe ausführen will und sich von einem gewissen liebgewonnenen großstädtischen „Luxus" nicht trennen kann, dem wird das Lager sicherlich nicht zusagen. Wer am Busen der Natur einen intensiven, romantischen, sportlichen Urlaub mit allerhand Kultur sucht, wer zur Disko auch mal richtig ausflippen kann, der ist richtig in unserem Lager. Und wer einmal sein Herz an den Bakenberg verloren hat, den läßt es so schnell nicht wieder los, und der spürt schon im Januar, wie

DER BAKENBERG 1990 RUFT.

ORG.-KRAM ● ORG.-KRAM ● ORG.-KRAM

Das Jugendlager im Ferienobjekt Dranske-Bakenberg unserer Universität an der Nordküste der Insel Rügen bietet in zwei Durchgängen Studenten, Lehrlingen, jungen Wissenschaftlern und Angestellten bis zu einem Alter von etwa 30 Jahren auch im Jahr 1990 einen schönen Sommerurlaub. Er wird organisiert und durchgeführt von der DRANSKE-KOMMISSION der KMU.

Termine: 1. Durchgang 6. 8. bis 21. 8. 1990; 2. Durchgang 23. 8. bis 7. 9. 1990

Unkosten:
Studenten und Lehrlinge der KMU: 75 Mark
KMU-Angestellte (je nach Gehalt): 97,50/120 Mark
Uni-Fremde (soweit nicht Ehepartner): 195 Mark
Kinder (Mindestalter 2 Jahre!): 35 Mark

Schickt Euren Antrag bis zum 9. 2. 1990 direkt an unsere Adresse: Karl-Marx-Universität Dranske-Kommission, PSF 920, Leipzig 7010. Wir bearbeiten eure Anträge und stellen die Belegungspläne zusammen. Sicher können wir auch 1990 nicht alle Anträge realisieren. Bei der Platzvergabe richten wir uns nach der Größe der Sektion und nach der Anzahl ihrer Studenten. Bis zum 14. 3. 1990 (Poststempel) erhält jeder Antragsteller eine Antwort von uns. Der Verkauf der Ferienschecks erfolgt im April (Ort und Zeit entnehmt bitte unserem Antwortbrief).

Was muß der Antrag beinhalten?
1. Durchgang/2. Durchgang; 2-, 3-, 5-Bett-Zimmer;
Name, Vorname, Geburtsdatum, Sektion, Tätigkeit,
Adresse (unter der Ihr erreichbar seid, evtl. Hauptwohnung)
Mitreisende: Name, Vorname, Geburtsdatum.

Einige wichtige Hinweise!
Das Mindestalter der mitreisenden Kinder beträgt zwei Jahre!
Beim Kauf der Ferienschecks sind die Personalausweise aller Urlauber (auch Mitreisende und Eintragung der Kinder) sowie Studenten- bzw. Betriebsausweis der KMU vorzulegen.
Bei Rückfragen wendet euch bitte an
Thomas Fröhlich, Sekt. Physik, Tel.: 6 85 84 13, Mo. 13 bis 15 Uhr
Uwe Rüdiger, Sekt. Geschichte, Tel.: 7 19 33 55, Mo. 12 bis 13 Uhr
Jens Hölzig, Sekt. Gesellschaftswissenschaften, Tel.: 7 19 31 91, Mo. 10 bis 12 Uhr

UZ/44 1. Dezember 1989

STUDIE

Aus gutem Grund: viel „Blei" auf letzten UZ-Seiten

Wir haben es geschafft!

Mit den obigen vier Spalten schließt die Redaktion der Universitätszeitung die Veröffentlichung der Studie „Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW" ab. Nachzulesen sind alle Seiten der Studie in den UZ/44 vom 1. Dezember 1989, Seiten 5 und 6, 45 vom 8. Dezember, Seiten 5 bis 8, und 46 vom 15. Dezember, Seiten 5 und 6.

Die Redaktion möchte sich bei den Autoren der Studie, Dr. Michael und Dr. André Brie, Prof. Segert und Dr. Rainer Land von der Humboldt-Universität Berlin für die Möglichkeit der Erstveröffentlichung bedanken.

Zugegeben: Es war ein risikoreiches Unterfangen und nicht immer leicht, in dieser bewegten Zeit die Spalten der UZ für diese Studie freizuhalten. Jedoch geben uns die Resonanz und das große Interesse auch außerhalb der Uni im nachhinein recht. Wir sind gewiß, daß auch die Wissenschaftler unserer Alma mater mit dieser Studie gefordert sind, ihre Ideen und Hinweise zur Neugestaltung der sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik einzubringen.

Wenden oder nicht wenden ... Texte und Foto: THOMAS FRÖHLICH

SLUB
Wir führen Wissen.